

## Vereinbarkeit wasserintensiver Projekte mit der aktuellen Wasserknappheit in der Spree-Region

Cottbus, den 05.08.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Kontext des politisch gewollten Kohleausstiegs, der bis spätestens 2038 vollzogen sein soll, und der damit verbundenen Veränderungen im regionalen Wasserhaushalt, stellt sich die Frage nach der Verträglichkeit kommunaler Projekte mit der zunehmenden Wasserknappheit in unserer Region.

Seit Juni 2025 galt eine Allgemeinverfügung zur Beschränkung von Wasserentnahmen aus der Spree und ihren Nebengewässern infolge dauerhaft unterschrittener Mindestabflüsse („Leibsch“-Pegel). Diese Wasserrestriktionen betreffen auch private Nutzer und führen zu erheblichen Einschränkungen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Auskunft zu folgenden Punkten, insbesondere da der „Cottbuser Ostsee“ seit 2019 zu etwa 80 % mit Spreewasser geflutet wird,

im Rahmen des Konzepts „**Stadt am Fluss / Cottbus am Wasser**“ Projekte zur Renaturierung von Uferbereichen sowie zur Schaffung von Freizeit- und Erlebnisräumen an der Spree umgesetzt werden sollen, und die Spree durch Grubenwasserzuflüsse aus den Tagebauen bisher einen wichtigen Beitrag zum regionalen Wasserhaushaltsausgleich leistet, und es daher zu Zielkonflikten zwischen sogenannten Klimaschutz, Wasserverfügbarkeit und Stadtentwicklung kommen kann:

1. Wie wirken sich die aktuellen Niedrigwasserschutzmaßnahmen und Wasserrestriktionen auf die Fortführung der Flutung des Cottbuser Ostsees sowie die Wasserbilanz der Stadt aus?
2. Liegt eine ganzheitliche wasserwirtschaftliche Bewertung vor, die den Einfluss der Flutung, des Konzepts „Stadt am Fluss / Cottbus am Wasser“ und weiterer Renaturierungs- und Stadtentwicklungsprojekte auf die Wasserverfügbarkeit, Trinkwasserversorgung und Gewässerqualität der Spree berücksichtigt?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Stadt, um sicherzustellen, dass die Nutzung von Spreewasser – insbesondere für die Flutung des Ostsees, die Umsetzung des Konzepts „Stadt am Fluss / Cottbus am Wasser“ und die Stabilisierung von Nebengewässern – nicht zulasten der Trinkwasserversorgung in Cottbus, Berlin und der Region geht?
4. Wie koordiniert die Stadtverwaltung ihre Planungen und Maßnahmen mit den zuständigen Landes- und Bundesbehörden sowie Wasserwirtschaftsverbänden, um eine nachhaltige und gerechte Wasserverteilung bei gleichzeitiger Umsetzung der städtischen Entwicklungsziele zu gewährleisten?

Mit freundlichen Grüßen

Georg Simonek

Fraktionsvorsitzender AfD Cottbus

Für Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz